

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

## Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht  
und den Stadtrat zu Dippoldiswalde

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 3 Mark ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Leipzig 12548.

**Anzeigenpreise:** Sechsgespaltene Korpuszeile 20 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 25 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) 70 bzw. 75 Pf. — Einzelanfertigung und Reklamen 70 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 143

Donnerstag den 26. Juni 1919

85. Jahrgang

### Uebertenerungszuschüsse bei Notstandsarbeiten.

Es wird darauf hingewiesen, daß Endtermin für neue Bewilligungen von Zuschüssen bei Notstandsarbeiten der 15. Juli 1919 ist.

Bis zu diesem Termin müssen etwaige Gesuche beim Demobilisierungskommissar vollkommen fertig durch die Amtshauptmannschaft eingereicht sein.

Es empfiehlt sich daher, wo etwaige Inanspruchnahme von Uebertenerungszuschüssen neu beabsichtigt wird, umgehende Einreichung der Gesuche bei der Amtshauptmannschaft, Dippoldiswalde, am 19. Juni 1919.

Nr. 2212 Ab. II Die Amtshauptmannschaft.

### Treibriemen

aus Leder und Kamelhaar für landwirtschaftliche Zwecke werden künftig nur durch Vermittlung der Landw. Zentral-Genossenschaft, e. G. m. b. H. in Dresden-N., Sidonienstraße 11, abgegeben und zwar in erster Linie zum Frähdrehen und für die Herdverföhrung und nur gegen ordnungsmäßigen Bezugschein, der auf Antrag vom Landeskulturrat in Dresden-N., Sidonienstraße 14, ausgestellt wird.

Die Bezugsbedingungen nebst einem Verzeichnis der 3. vorrätigen Riemen können beim unterzeichneten Kommunalverband oder bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften eingesehen werden.

Dippoldiswalde, am 24. Juni 1919.

Nr. 2297 Ab. II. Der Kommunalverband.

### Vertilches und Sächliches.

**Dippoldiswalde.** Am Johannisfeste, dem Tage mitten in der prangenden, singenden und trillernden Vollkraft des Naturlebens, doch den still in ihren Gräbern ruhenden, dem Vergehen anheimgegebenen Toten geweiht, war der Friedhof von des Herrn Totenbittmisters Boigt plingender Fürsorge schön sauber vorgerichtet und ließ den freundlichen Anblick der mit Blumen geschmückten Kucheltäten unserer tenen Heimgegangenen zur herzeindringender Sprache von der nimmer aufhörenden Liebe werden. Nach einem Rundgange durch den Gottesacker fand sich eine große Anzahl Andächtiger in unserer Nikolaikirche zusammen, um den Worten aus geistlichem Munde zu lauschen. Herr Sup. Michael führte in seiner erbaulichen Predigt folgende Gedanken aus: In dem Geschick der einzelnen Familien wie ganzer Völler ist uns Gottes Rathschluß oft lange Zeit hindurch sichtbar unerforschlich verborgen, denn „meine Gedanken sind nicht eure Gedanken“ (Jes. 55, 8); aber in seiner Macht und in seiner Liebe sind wir wohl geborgen, darum rufen wir mit unserem Heiland: „Vater, ich befehle meinen Geist in Deine Hände“ (Luc. 23, 46), und als der Prediger in inbrünstigem Schluchzen das vielgeprüfte deutsche Volk der Barmherzigkeit Gottes empfahl, zog stille, friedliche Gottergedenken, aber auch ermutigende Glaubenszuversicht in die Herzen der tief gebeugten Gemeinde. Die Weihestimmung hatte auch den Kirchenchor ergriffen, der unter Leitung des Herrn Kantor Schmidt durch die Motette: „O, Du mein Trost und süßes Hoffen“ von Frank und durch das Trauerlied: „Für uns sind die Helden ins Grab gesunken“ von Bernh. Weyl Klang- und feierlich zur Erbauung der Gemeinde wesentlich beitrug.

Der Geschäftsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dippoldiswalde auf das Jahr 1918, der der am Sonnabend stattgefundenen Ausschuhung vorlag, muß feststellen, daß infolge des hohen Krankenstandes außerordentliche Anforderungen gestellt wurden, jedoch dem Reservefonds 8000 M. entnommen werden mußten und das Ergebnis des Berichtsjahres als ein ungünstiges bezeichnet werden muß. Die Folge war eine Erhöhung der Beiträge ab 1. 1. 19 auf 4 1/2 Prozent des Grundlohnes, um den Mitgliedern die Mehrleistungen weiter gewähren zu können. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, mit dieser Erhöhung durchzukommen. Der durchschnittliche Mitgliederbestand betrug 1126 (992 l. B.) und zwar 420 (328) männliche und 706 (664) weibliche Mitglieder. Die Zahl der Erkrankungsfälle stieg auf 1116 (689) und zwar 517 (269) bei männlichen und 599 (420) bei weiblichen Mitgliedern. Mit Arbeitsunfähigkeit waren 587 (242) verbunden, 283 (109) männliche, 304 (133) weibliche Mitglieder. Die Zahl der Krankheitsstage, für die Krankengeld bez. Krankenhauskosten bezahlt wurden, betrug 4226 (2547) bei männlichen und 5475 (2938) bei weiblichen Mitgliedern, zusammen 9701 (5485). Auch bei den Angehörigen der Mitglieder stieg die Zahl der Erkrankungsfälle und zwar auf 224 (107), besonders auffällig bei Ehefrauen auf 72 (15). Betriebsunfälle erlitten 34 (32) Mitglieder und wurden 27 (25) bis 4 Wochen und 7 (7) bis 13 Wochen unterstellt werden. Die Einnahme aus Beiträgen betrug 43598,94 M., aus Vermögensanlagen und

Kapitalien 12388,86 M., aus Sonstigem 9.— M., jedoch eine Gesamteinnahme von M. 55996,80 vorhanden war. Ihr steht gegenüber eine Gesamtausgabe von M. 53843,49 und zwar im einzelnen M. 11784,52 für Krankenbehandlung, an approbierte Aerzte, M. 493,50 an approbierte Zahnärzte, M. 897,75 an andere Heilpersonen, Hebammen usw. Für Arznei und Heilmittel wurden M. 6517,04, für Krankenhauspflege M. 3715,25 ausgegeben. Das Krankengeld erreichte die hohe Summe von M. 20985,03. An Wochen-, Still- und Hausgeld wurden M. 973,64 ausgegeben, an Sterbegeld M. 1030,—. Die Verwaltungskosten erforderten einen Aufwand von (persönliche und sächliche zusammen) M. 3728,61. Vermögensanlagen und sonstige Ausgaben waren M. 2678,18. An Beiträgen für die Invalidenversicherung wurden einschließlich M. 1297,— für freiwillig versicherte M. 16947,38 vereinnahmt und dafür Marken verwendet in Klasse I 3810, Klasse II 4999, Klasse III 12227, Klasse IV 6616, Klasse V 16013. 556 Quittungsarten wurden eingerechnet und an die Landesversicherungsanstalt eingesandt. Neue Quittungsarten wurden 652 ausgestellt. Wie schon weiter oben gesagt, wird die Erhöhung der Beiträge den diesjährigen Abschluß günstiger gestalten. Soweit er sich bis jetzt feststellen läßt und in der Ausschuh-Sitzung vorgetragen wurde, sieht er folgendermaßen aus: Die Einnahmen betragen bis 1. Mai d. J. M. 26422,89 (im gleichen Zeitraum des Vorjahres 10852,24). Für ärztliche Behandlung wurden ausgegeben M. 5400,40 (3556,05), für Arznei usw. M. 2939,88 (1632,62). An Krankengeld wurden gezahlt M. 13707,93 gegen M. 3431,07, trotzdem die Zahl der Erkrankungsfälle nur von 311 auf 383, die der mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen von 115 auf 155 stieg. An Wochen- und Stillgeld gab die Kasse M. 946,— (352,90), an Kur- und Verpflegungskosten M. 1355,58 (929,75) und an Sterbegeld M. 308,— (210,—) aus. Die Gesamtunterstützungskosten Januar/April 1919 beliefen sich auf M. 24889,71 (10112,89). Am 1. Mai betrug die Zahl der Mitglieder 1538, am gleichen Tage des Vorjahres 1068. Vereinnahmt wurden in diesem Jahre mehr an Beiträgen M. 15570,65, mehr verausgabt an Krankenunterstützung M. 14777,32. Der Reservefonds, der im Vorjahre M. 42442,31 betrug, ist auf M. 36171,39 gesunken, überschreitet aber noch immer die gesetzliche Höhe, die M. 26278,38 beträgt. Gestaltet sich sonach der Stand der Kasse auch günstiger, so decken doch die Mehreinnahmen im großen Ganzen nur die Mehrausgaben, dem Reservefonds entnommene Gelder diesem wieder zuzuführen, ist leider noch nicht möglich und bei dem jetzigen allgemeinen Gesundheitszustande der Versicherten wie der Bevölkerung überhaupt kaum zu erwarten. Damit ist aber erwiesen, wie richtig es war, die Beiträge ab 1. Januar auf 4 1/2 Prozent zu erhöhen, wollte die Kasse die bisher gewährten Mehrleistungen auch weiter ihren Mitgliedern zukommen lassen. — Nach Entgegennahme dieser geschäftlichen Mitteilungen hörte die Ausschuh-Sitzung den Bericht der Rechnungsprüfer der Jahresrechnung 1918, der Anstände nicht ergab, die die Rechnung richtig und ordnungsmäßig unterstellt, Anträge waren nicht eingegangen, auch sonst nichts vorzubringen, jedoch die Sitzung rasch zu Ende ging.

### Militär-Beihpferde.

Die im hiesigen Bezirk einschließlich der Stadt Dippoldiswalde wohnhaften Entleiher von Militärpferden haben diese

Mittwoch den 2. Juli 1919 vormittags 7 Uhr auf der hiesigen Aue vor dem Schützenhaus

einer Kommission des Generalkommandos zur Befähigung und Mallein-Augenprobe vorzuführen.

Bei kranken Pferden hat der Entleiher oder sein Vertreter eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde beizubringen und vorzuzeigen. Unentgeltliches Fernbleiben hat sofortige Entziehung der Pferde zur Folge.

Wegen der erforderlichen Nachschau jener Augenprobe sind die Entleiher mit den Pferden 6—8 Stunden an den Ort gebunden.

Dippoldiswalde, am 24. Juni 1919.

Nr. 2295 Ab. II. Die Amtshauptmannschaft.

### Ausflucht!

Die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung des Bezirks erhält demnächst anderweit ungefähr 1/2 Pfund Ausflucht pro Kopf.

Dippoldiswalde, am 24. Juni 1919.

Nr. 2026 a Ab. II. Der Kommunalverband.

Formulare und andere Drucksachen f. Gemeinde- und ander Behörden liefert in zweckentsprechender Ausführung die Buchdruckerei Carl Jehne, Dippoldiswalde

— Mittlere Niederschlagsmengen (mm oder l auf den qm) und deren Abweichungen von den Normalwerten in den benachbarten Klimagebieten 2. Dekade Juni 1919. Vereingte Weißeritz: beob. 4, norm. 26, Abw. — 22, Wilde Weißeritz: beob. 8, norm. 31, Abw. — 23, Rote Weißeritz: beob. 7, norm. 30, Abw. — 23, Müglitz: beob. 6, norm. 30, Abw. — 24.

— Verbot des Uniformtragens ehemaliger Marineangehöriger. Gemäß Militär-Verordnungsblatt vom 5. Juni 1919 ist bisheriges Marineangehörigen das Tragen der ehemaligen Uniform nach der Entlassung verboten. Die Uniformen sind durch Abtrennen der Rangabzeichen, Schulterklappen, Uniformknöpfe, Ablegen der Ärmelbänder usw. als Zivilanzug kenntlich zu machen.

— Neue 1/2-Mark-Stücke. Es ist eine verstärkte Ausprägung von 1/2-Mark-Stücken angedacht. Man trifft jetzt schon im Verkehr die neuen, etwas schwärzlichen 50-Pfennig-Stücke, die sich äußerlich infolge geringer Beize von denen anderer Jahre dadurch unterscheiden, daß ihnen der Silberglanz fehlt; die Regierung ist die gleiche.

(vsz.) Dresden, 24. Juni. Wie unser Vertreter erfährt, fanden in der heutigen Sitzung des Gesetzgebungsausschusses im Beisein von Regierungsvertretern Beratungen über den Gesetzentwurf für die Wahlen zu den Bezirksverfassungen, Bezirks- und Kreisauschüssen und innerhalb dieser Abperschaften statt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, weil man sich über die Frage, ob allgemeine Wahlen oder Wahlen der Gemeindevertretungen zu den Bezirksverfassungen notwendig sind, noch nicht vollständig klar war. Diese Frage wird zunächst Gegenstand weiterer Verhandlungen sein.

— Infolge der hohen Preise für Erdbeeren erließen am 23. Juni in der Markthalle am Antonplatz ein Trupp von 50—60 Personen, die die Abgabe der Erdbeeren zu den neuen Richtpreisen forderte, die am Montag in Kraft getreten sind. Von den Händlern wurde dies anfänglich verweigert, worauf längere Auseinandersetzungen entstanden, bis die Abgabe der Beeren zu den Richtpreisen erfolgte. Eine Anzahl Verkaufsstände wurden hierbei durchsucht, wobei die aufgefundenen Erdbeeren ebenfalls zu Richtpreisen verkauft wurden. Schließlich gelang es dem Inspektor der Markthalle, die Leute zu beruhigen. Auch in der Markthalle in Dresden-Friedrichstadt ereigneten sich ähnliche Szenen, ebenso in verschiedenen Geschäften und in Hauskur-Verkaufsständen der inneren Stadt. Größere Ausschreitungen sind jedoch nicht vorgekommen.

Kathen. Nach Aufhebung des Rittlerverbots wird dieser Sport wieder recht fleißig ausgeübt. Am letzten Sonntag schätzte man die Zahl der Rittlerer und „solcher, die es werden wollen“, auf Hunderte. Leider ging es bei Ausübung des Sports nicht ohne Unfall ab. Im Wehgrunde (Kürze) am Sonntag gegen Abend ein 19-jähriger Mensch ab. Seine Verletzungen waren derart, daß der Tod bald eintrat.

Ofen. Der Fahrwerksbesitzer Bennewitz holte eine schwere Stein aus dem Steinbruch am Hübelberg, der schwer beladene Wagen geriet ins Rutschen und stürzte mit dem Pferd in den Steinbruch hinab. Die Pferde brachen das Gerüst und waren sofort tot.



# Bedingungslose Unterzeichnung.

## Neuer Umfall der Regierung.

Die Regierung Bauer hatte sich am Sonntag in ihrer Note an die Entente auf die einschränkende Formel bezüglich der Ehre des Reiches festgelegt. Angesichts der ablehnenden Antwort der Alliierten wurde aber im Kabinett von der Mehrheit der Mitglieder die Meinung vertreten, daß man, nachdem man bereits so weit gegangen sei, den bitteren Kelch bis zur Reize leeren und in die bedingungslose Annahme des Ultimatums einwilligen sollte. Maßgebend für diese Haltung eines Teils der Kabinettsmitglieder waren Rücksichten auf die innerpolitischen Folgen einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nach Ablauf dieser Frist.

Unter dem Einfluß mehrerer hervorragender sozialistischer Mitglieder des Kabinetts hat sich die sozialdemokratische Fraktion damit einverstanden erklärt, daß der Friedensvertrag bedingungslos unterzeichnet werde. Weniger nachgiebig zeigte sich das Zentrum. Zwar hatte sich das Zentrum am Sonntag damit einverstanden erklärt, daß die Regierung den Vertrag unterzeichne, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß in der Note die beiden Vorbehalte gemacht werden. Das Kabinett hat deshalb nicht auf eigene Verantwortung die bedingungslose Annahme des Ultimatums aussprechen zu können geglaubt, weil es damit tatsächlich gegen den Sonntag betundenen Willen der Mehrheitsparteien handeln würde. Es legte deshalb Wert darauf, von der Nationalversammlung nochmals zu der bedingungslosen Annahme ermächtigt zu werden.

## Herr v. Danneberg unterzeichnet nicht.

Der Gesandte v. Danneberg wird, wie er selbst erklärte, die Unterschrift unter den Friedensvertrag nicht vollziehen. Er hat dazu keinen formellen Auftrag erhalten und würde auch, falls ein solcher Auftrag an ihn gelangte, lieber aus dem Dienste scheiden, als seine Unterschrift unter diesen Vertrag setzen. Es wird erwartet, daß ein Mitglied der neuen Regierung oder ein besonders von ihr Beauftragter nach Versailles kommen wird, um im Auftrage und in Vollmacht der Reichsregierung seinen Namen unter den Vertrag zu setzen. — Die in Weimar versammelten finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen der Friedensdelegation haben ihre Mandate sämtlich niedergelegt. Desgleichen ist der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Frhr. v. Bangwerth-Simmern, um seinen Abschied eingetroffen.

## Die zweite Friedenssitzung der Nationalversammlung.

Mit einstündiger Verspätung eröffnete der Präsident Fehrenbach die für 2 Uhr anberaumte Sitzung der Nationalversammlung. Außer den Kabinettsmitgliedern und zahlreichen Vertretern der Einzelstaaten war auch General Märcker erschienen, der am Vormittag den einzelnen Fraktionen eine Uebersicht über die gegenwärtige Lage gegeben hatte. Sämtliche Generale und Stabsoffiziere der Armee haben Abg. die Regierung erklären lassen, daß sie gegen die bedingungslose Unterzeichnung des Friedensvertrages seien und daß, wenn die Regierung dennoch den Friedensvertrag samt den Ehrenpunkten unterzeichne, sie von ihrem Posten zurücktreten würden, da sie einen solchen Schritt mit der Ehre des deutschen Offizierskorps nicht vereinbaren könnten.

Das Haus erklärte sich mit der abermaligen Erörterung der Friedensfrage einverstanden. Ministerpräsident Bauer ergriff sofort das Wort zu einer längeren Rede, in der er den Notenwechsel zur Kenntnis brachte und die neue Lage besprach.

Alsdann teilte Ministerpräsident Bauer den entscheidenden Beschluß des Kabinetts mit:

„Unsere Hoffnung, mit dem einzigen Vorbehalt zur Ehrenwahrung unsere Gegner zu bestimmen, war nicht groß, aber wenn sie auch noch geringer gewesen wäre, der Versuch mußte gemacht werden. Jetzt, wo er mißlungen an dem fröhlichen Uebermute der Entente gescheitert ist, muß die ganze Welt sehen: Hier wird ein besiegtes Volk an Leib und Seele vergewaltigt wie kein Volk zuvor. Kein Protest heute mehr! Kein Sturm der Empörung! Alles weitere muß den Eindruck schwächen, der sich heute der Welt bietet, die zum Teil mit verhöhltem oder unverschämtem Entsetzen auf diese Vergewaltigung sieht.

## Unterzeichnen wir!

Das ist der Vorschlag, den ich Ihnen namens des ganzen Kabinetts mache, bedingungslos zu unterzeichnen. Die Gründe sind dieselben wie gestern, nur trennt uns jetzt nur noch eine Frist von knappen vier Stunden von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Aber wehrlos ist nicht ehelos. Gewiß, die Gegner wollen uns an die Ehre, daran ist kein Zweifel, aber daß dieser Versuch der Ehrabschneidung einmal auf die Urheber selbst zurückfallen wird, daß es nicht unsere Ehre ist, die bei der Unterzeichnung zugrunde geht, das ist unsere letzte Atemzug. Ich darf wohl annehmen, daß auch nach diesen Vorgängen die Regierung ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.“

Im Namen der Demokraten erklärte Abg. Schiffer-Magdeburg, daß durch die Erklärung des Ministerpräsidenten die Stellungnahme der demokratischen Partei unberührt bleibe. Im übrigen habe er zu erklären, daß bei seinen politischen Freunden kein Zweifel in die vaterländische Gesinnung und Ueberzeugung auch derjenigen gesetzt wird, die am Sonntag mit ja gestimmt haben.

Abg. Schulte-Bromberg (D.-natl.) betonte nochmals den deutschnationalen Standpunkt der unbedingten Ablehnung des vorliegenden Friedensentwurfs und erhob unter Festhaltung dieses grundsätzlichen Standpunktes Widerspruch gegen dessen Unterzeichnung. (Bravo rechts.) Seine Partei sehe als selbstverständlich voraus, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnimmt.

Der Sprecher der Deutschen Volkspartei Abgeordneter Feinze lehnte auch seitens seiner Partei den Friedensvertrag nach wie vor ab. Selbstverständlich erkenne er an, daß auch die Gegner unserer Ansicht nur aus vaterländischen Gründen handeln.

Nach längerer sehr erregter Debatte wurde über die Auffassung der Regierung, daß sie nach wie vor

ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, abgestimmt. In einfacher Abstimmung erklärte darauf das Haus gegen die Stimmen der deutschnationalen Volkspartei, der deutschen Volkspartei und einem Teile des Zentrums und der Demokraten die Auffassung der Regierung für zutreffend. Nach Erledigung der schmerzlichen Angelegenheit stellte unter allseitiger Zustimmung Präsident Fehrenbach mit Benutzung fest, daß von den verschiedensten Seiten des Hauses anerkannt wurde, daß alle Teile des Hauses, ob ja oder nein, nur von vaterländischen Gründen sich bei der Abstimmung leiten ließen, getragen von schweren Gewissensbedenken und von den ernstesten Auffassungen über die Lage unseres Vaterlandes. (Allseitige Zustimmung.) Gleichzeitig verließ er dem Wunsch Ausdruck, daß der Geist, der sich in dem allergrößten Teil der Nationalversammlung soeben kundgegeben hat, auch hinausgehen möge in unser Volk. (Beifall.) Er hoffe, hoffe, daß man draußen in der gesamten Bevölkerung und namentlich in der Presse dafür ein Verständnis habe und gewillt ist, nunmehr einträchtig all die großen Lasten auf sich zu nehmen, die uns jetzt bevorstehen, alle zusammen getragen von dem heiligen Willen vaterländischer Liebe.

# Die schwere Verantwortung.

## Nicht beneiden und nicht scheitern!

Der Ungeduldige meint, sie hätten wohl schneller ihr Ja oder Nein aussprechen können. Der Vorsichtige sagt, sie hätten doch unter allen Umständen die Eintracht in den Mehrheitsparteien und die Festigkeit der Regierung wahren müssen. Der Eiferer greift die Entscheidung in der Sache selbst an, weil sie seiner vorgefassten Meinung nicht entspricht.

So haben die Volksvertreter mit der Kritik ihrer Mitbürger zu rechnen, während sie doch schon genug zu tragen hatten an der Arbeitsbürde und an der Gewissenslast, die ihnen ihr verantwortliches Amt auferlegt.

Mancher Wähler glaubt, der Erwählte sei ihm zu großem Dank verpflichtet für die Ehre und die Freude des Mandates. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Der Erwählte hat eine Last, eine schwere Last, und ist beständig in Gefahr, statt des Dankes Schelte zu erhalten.

Das hat sich besonders deutlich in dieser Schicksalswoche gezeigt. Sitzungen über Sitzungen und aufregende Debatten bis in die tiefe Nacht hinein! Ein Material von gewaltigem Umfange und unerhörter Folgeschwere muß er so schnell als möglich durchgearbeitet haben. Sonst braucht man eben so viele Monate wie jetzt Tage gegeben sind. Aber die gespannten Mitbürger hätten gleich am ersten Tage das Endergebnis sehen mögen. Das Für und Wider ist so verzwickelt, die Gründe und Gegengründe sind so zahlreich und zum Teil so ungeläutert, daß Meinungsverschiedenheiten sich unbedingt ergeben müssen. Die Wähler sind auch nicht einig, aber sie empfinden es doch sehr unangenehm, wenn die Volksvertreter nicht einig sind und sogar eine Ministerkrise ausbricht. Schöner wäre es freilich, wenn sich sofort einen überwältigenden Mehrheit auf einer klaren Entscheidung geeinigt hätte; wenn aber der rechte Weg nur mit mühsamem Suchen und Tasten gefunden werden kann, so darf man das nicht ohne weiteres den beteiligten Personen zur Last legen, sondern muß die ungewöhnlichen Schwierigkeiten der Sache würdigen. Wer da sagt, die Sache sei ja ganz klar und müßte „selbstverständlich“ in seinem Sinne entschieden werden, der hält sein Urteil für unfehlbar. Der verständige Bürger respektiert auch eine abweichende Entscheidung, weil er weiß, daß in beiden Bagatellen wichtige Gründe liegen und daß die berufenen Männer im hohen Rat doch meistens besser informiert und orientiert sind, als der gewöhnliche Zeitungsleser.

Unseren Volksvertretern darf man es wahrlich nicht verargen, wenn sie die kurze Frist redlich ausgenutzt haben für die gewissenhafte Gedankenarbeit. „Erst wägen, dann wagen“, war der Leitsatz vom alten Volke, der gewiß kein feiger Schwächling war.

Die Verantwortlichkeit bleibt in jedem Fall sehr drückend. Denn ob nun Unterzeichnung oder Ablehnung beschlossen worden ist, wir haben immer schwere Lasten und Selben zu ertragen auf Jahre hinaus, und von den Bedrückten wird mancher fragen: Warum habt ihr nicht anders beschlossen, dann würde es besser gegangen sein! Wie will man ihm überzeugend nachweisen, daß es dann noch schlimmer geworden wäre?

Präsident Fehrenbach stellte in der zweiten Friedenssitzung der Nationalversammlung mit Benutzung fest, daß von den verschiedensten Seiten des Hauses anerkannt wurde, daß alle Teile des Hauses, ob ja oder nein, nur von vaterländischen Gründen sich bei der Abstimmung leiten ließen, getragen von schweren Gewissensbedenken und von den ernstesten Auffassungen über die Lage unseres Vaterlandes. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Geist auch hinausgehen möge in das ganze deutsche Volk. Die ganze Bevölkerung muß ein Verständnis dafür haben und gewillt sein, nunmehr einträchtig zusammen alle die großen Lasten auf sich zu nehmen, die uns jetzt bevorstehen, alle zusammen getragen von dem heiligen Willen der Vaterlandsliebe.

# Friedensschluß und Reichswehr.

## Rostkes Rücktrittsgesuch abgelehnt.

Infolge der Erklärung der Generale und Stabs-offiziere der Armee, daß sie bei einer bedingungslosen Annahme des Friedensvertrages ihren Posten niederlegen würden, da sie die Anerkennung der Schuldfrage und die Auslieferung der schuldigen Offiziere und Politiker mit ihrer Ehre nicht vereinbaren könnten, hatte der Reichswehrminister Rostke seinen Rücktritt aus dem Kabinett erklärt. Sein Rücktrittsgesuch wurde jedoch abgelehnt. Der Minister sprach in der sozialdemokratischen Fraktion und wurde dort allgemein gelobt, von seinen Rücktrittsabsichten abzusehen. Ebenso wurde er vom Reichspräsidenten und dem interfraktionellen Ausschuss aufs dringendste ersucht, von seiner Absicht abzusehen.

## Rostke appelliert an den kameradschaftlichen Geist der Truppe.

Der Reichswehrminister erließ daraufhin einen Aufruf an die Reichswehr und die Freiwilligenverbände. Im Reichskabinett habe er sich, ebenso wie der preussische Kriegsminister, vergeblich für die Nichtunterzeichnung des Gewaltfriedens eingesetzt. Er sei aberstimmt und auch sein Rücktrittsgesuch sei abgelehnt worden.

Die Reichsregierung und die Nationalversammlung fordern von den Truppen, daß sie ihre harte Pflicht in der schwersten Stunde unseres Vaterlandes zum Wohle des Volkes weiter tun in voller Würdigung des Opfers, das der Truppe damit zugemutet wird. Der Minister appelliert daher in der schwersten Stunde, die das deutsche Volk erlebt, an den kameradschaftlichen Geist jedes Führers, jedes Mannes, ihm weiter zur Seite zu stehen. Die Not unseres Volkes verbietet ihm, fahnenflüchtig seinen Posten zu verlassen, auf dem er nur zu dem vermag, wenn ihm opferwillige Männer wie b. in gebungsvoll zur Seite stehen.

## Die Haltung der Reichswehr.

General der Infanterie Frhr. v. Böttlich, der kommandierende General des Reichswehrtruppenkommandos I fordert die ihm unterstellten Reichswehrtruppen auf, mit ihm ihren Dienst weiter zu tun, um Ruhe und Ordnung im deutschen Reich restlos aufrechtzuerhalten. Nach wie vor halte die Reichswehr an dem Standpunkte fest, daß die Annahme der Deutschland entehrenden Paragraphen, welche die Auslieferung deutscher Staatsbürger und das Anerkenntnis der alleinigen Schuld Deutschlands an den Krieg enthalten, mit ihrer und des Vaterlandes Ehre unvereinbar sei. Er werde diesen Standpunkt auch dem Reichswehrminister und dem preussischen Kriegsminister gegenüber erneut aufrechtzuerhalten wissen. — Eine Reihe von Offizieren der schlesigen Reichswehr sind, wie in einem Telegramm an Rostke gesagt wird, bereit, mit ihren Vorgesetzten Ludendorff vor der Auslieferung zu stehen.

General Groener hat sich dafür eingesetzt, daß die höheren Offiziere, die mit dem Rücktritt von ihrem Posten der Auslieferungsforderung drohten, weiter auf ihren Dienststellen ausharren.

## Ein Aufruf der Nationalversammlung an das deutsche Heer.

Die Nationalversammlung erließ nach der schmerzlichen Erledigung der Friedensfrage einen Aufruf an das deutsche Heer, worin sie in der Stunde tiefsten vaterländischen Unglücks der deutschen Wehrmacht dankt für die opfervolle Verteidigung der Heimat. Ungeheure und niederdrückende Anforderungen stelle der trotz des Heldentums unserer Truppen uns aufzugehene Friede an alle Teile des Volkes, besonders schwere aber an das Ehrgefühl unserer Soldaten. Das deutsche Volk erwarte zuversichtlich, daß Heer und Marine, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, treu ihrer großen Vergangenheit, in dieser schwersten Zeit ein Beispiel der Selbsterleugnung und der Aufopferung geben und Hand in Hand mit den anderen Volksgenossen an der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes arbeiten werden.

## Rostkes Beratungen mit den Generälen.

Nach der Rückkehr des Reichswehrministers Rostke und des preussischen Kriegsministers Reinhardt nach Berlin fanden im Reichsministerium wichtige Besprechungen zwischen den beiden Ministern und dem kommandierenden General der Reichswehrtruppen, General der Infanterie Frhr. v. Böttlich, statt. Die Konferenz hing zusammen mit den Vorgängen, die zu dem vorübergehenden Rücktritt des Reichswehrministers Rostke aus dem Kabinett geführt haben und mit den Kundgebungen, die von der Nationalversammlung und Rostke selbst an die Regierungstruppen erlassen worden sind. Es ist bekannt, daß sämtliche Generale und die Offiziere sowie die Truppenteile der Reichswehr sich gegen die bedingungslose Unterzeichnung des Friedens erklärt haben. In einem Tagesbefehl an die Reichswehr wurde ein Telegramm des Chefs des Stabes Rostke mitgeteilt, in dem angekündigt wird, daß der preussische Kriegsminister, der auf dem Standpunkt der Ablehnung verharret, versuchen werde, die durch die Annahme bedrohte Ehre des Heeres und seiner Führer „durch besondere Maßnahmen zu schützen.“

# Vor der Unterzeichnung.

## Die deutsche Unterwerfungsnote.

Unmittelbar nachdem die Regierung Montag nachmittag von der Nationalversammlung die Ermächtigung erhalten hatte, den Frieden zu unterzeichnen, wurde die deutsche Note an die deutschen Delegierten in Versailles weitergegeben. Um 4 Uhr 40 Minuten traf bei der deutschen Delegation in Versailles durch Ferndrucker aus Weimar der Wortlaut der Note ein. Da Freiherr von Berner sich außerhande fühlte, diese schmerzliche Urkunde selbst zu überreichen, so wurde sie der französischen Militärkommission zur Weiterbeförderung an Clemenceau in einem versiegelten Brief gegen Empfangsbcheinigung durch einen Bureaubeamten übergeben. Die an die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Regierungen überfandte Note hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung erfahren, daß sie entschlossen sind von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Hohn des Volkes dem deutschen Volk seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Verden der letzten Jahre jedes Mittel. Der abermächtige Gewalt weichen und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.“

## Der verfrühte Vormarsch der Franzosen auf Frankfurt.

Die Franzosen hatten es mit dem angebotenen Vormarsch sehr eilig und führten ihre Truppen,



Lange bevor die Frist des Ultimatus abgelaufen war, auf Frankfurt a. M. heran. Gegen 5 Uhr langten sie in kriegsmäßigem Aufmarsch in der Vorstadt Rödelheim an. Davor marschierten Geschwader von Tants, es folgte dann leichte Artillerie, lange Infanteriekolonnen mit Sanitätspompagnien und Lazaren, Train mit schwerer Artillerie, Flugzeuggeschwader, und „Spähen“ nach dem Feind. In Rödelheim wurde das Barrestaurant mit Beschlag belegt und als Hauptquartier eingerichtet. Um sieben Uhr wurde der Marsch auf Frankfurt am Main fortgesetzt, um 8 Uhr aber das Ganze halt gebrochen. Ein Motorradfahrer brachte von hoch einen Befehl, daß der Vormarsch einzustellen sei. Nachdem die Franzosen die Weinleier im Barrestaurant ausgeleert hatten, zogen sie nach ihrem Standort zurück. Inzwischen hatten sie starke Kavalleriemassen auch über Bornheim ihren Marsch auf Frankfurt angetrieben und hier bereits den Kriegszustand verhängt. Kein Fenster durfte geöffnet werden. Um acht Uhr wurde auch hier der Vormarsch eingestellt. Die Franzosen zogen dann, ohne Bodenheim berührt zu haben, über den Borort Hausen zurück. Gegen 8 Uhr zog die französische Infanterie unter Salutgeschüssen mit Must aus Haffelsheim ab.

#### Wer wird unterzeichnen?

Im Reichslabinett ist die Frage, wer den Friedensvertrag in Versailles im Namen der deutschen Regierung unterzeichnen soll, noch nicht erörtert worden. Die Franzosen scheinen es mit der Unterzeichnung sehr eilig zu haben und haben schon durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta beim Gesandten v. Daniel anfragen lassen, wer zur Unterzeichnung delegiert werden waren und wann die Unterzeichnung erfolgen könne. Die deutsche Regierung hat diese Frage noch nicht entschieden. Eine besondere Delegation an Stelle der zurückgetretenen wird nicht ernannt werden. Gesandter v. Daniel kommt für die Unterzeichnung nicht in Frage. Die Pariser Blätter bezeichnen als wahrscheinliches Datum der Unterzeichnung Freitag oder Sonnabend. Die Unterzeichnung wird auf dem Schreibtisch Ludwigs XV. stattfinden. — Wilson wird noch am gleichen Abend nach Vrest abreisen und sich nach Amerika einschiffen.

Es ist zur Zeit noch gänzlich ungewiß, ob eine besondere Delegation zur Unterzeichnung des Vertrages gebildet, oder ob sie einer einzelnen Person übertragen werden wird. Unrichtig ist jedenfalls die Mitteilung, daß der Minister Erzberger an der Spitze einer Delegation sich nach Versailles begeben werde. An zuständiger Stelle in Berlin ist man der Auffassung, daß die Ausführung des Friedensvertrages erst mit seiner Ratifizierung beginnt, was für die Räumung der abzutretenden Gebiete und für die dortige Gestaltung der Verwaltung von großer Bedeutung ist. Eine Ententeantwort auf unsere Bereitwilligkeit zur bedingungslosen Unterzeichnung ist noch nicht eingetroffen.

#### Das Triumphgeheiß in Paris.

Nach Bekanntwerden der deutschen Antwort begannen die Franzosen auf dem großen Truppenübungsplatz von Satory das Vitorialischießen aus deutschen Haupten und mit deutscher Munition, wie das vorher schon in der Presse angekündigt worden war. Dies war das Signal zur allgemeinen Besetzung der Häuser. In Paris soll der Jubel ganz außerordentlich sein. Gegen 7 Uhr hatten einige Truppenteile in Versailles Demonstrationen veranstaltet, doch ist der Absperrendienst außerordentlich verstärkt. In sämtlichen benachbarten Hotels und Cafés liegen starke Abteilungen von Truppen und die Zugänge der Straßen, an denen die drei deutschen Hotels liegen, sind durch Offizierspatrouillen streng abgesperrt. Der neue Präfekt des Departements Seine et Oise ist persönlich anwesend, um jeden Protestfall zu verhindern. Infolgedessen wird die deutsche Delegation trotz der außerordentlich feindseligen Haltung der Bevölkerung unbehelligt bleiben.

Die Pariser Morgenblätter vom Dienstag feiern den Frieden, sie feiern ihn in wohlworbereiteten Artikeln und Kriegsüberflüssen mit Schilderungen der Boulevardfeste, der Gratulationskuren bei Clemenceau und Poincaré und dergleichen. Der Artikel des „Figaro“ ist der einzige, der in die Zukunft schaut. Aber im allgemeinen geben die Zeitungen nur den Ausdruck von Echten und vorgespiegelten Gefühlsausbrüchen wieder, die unseren Empfindungen natürlich entgegengesetzt sind.

### Die deutschen Seelente interniert.

#### Kein Befehl aus Deutschland.

Etwa 1800 deutsche Offiziere und Mannschaften befinden sich im Zusammenhang mit der Versenkung der deutschen Flotte auf dem Wege zu einem Internierungsorte.



Der Biererrat hat sich bereits mit der Versenkung der deutschen Flotte befaßt. Die britischen Marinebehörden haben festgestellt, daß Admiral Reuter keinen Befehl aus Deutschland hatte; er hat sich als allein verantwortlich bezeichnet. Eine neue Geldbuße wird von Deutschland nicht gefordert werden, aber eine moralische Sanktion.

#### Englisches Kriegsgericht über Konteradmiral Reuter?

Die „Times“ meldet, daß Konteradmiral von Reuter wegen Verletzung der Bestimmung des Waffenstillstandes betreffs der internierten deutschen Schiffe vor ein Kriegsgericht gestellt werden wird. Der alliierte Rat in Paris wird den Termin für den Prozeß festlegen. Aus näheren Mitteilungen geht hervor, daß die Deutschen für die Versenkung der Schiffe den Augenblick wählten, wo eine große Zahl britischer Kriegsschiffe zu Übungen in See gegangen war. Wenn das Kriegsgericht aus Marineoffizieren bestehen wird, so wird keine Stimme der Beurteilung abgegeben werden. Denn es gibt Empfindungen, die kein Seemann, auch kein Feind, zu achten umhin kann.

#### Eine Tat des nationalen Ehrgefühls.

Reuter will wissen, daß der in Kieler Hafen befindliche Rest der deutschen Kriegsflotte ebenfalls von der Besatzung versenkt worden sei. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist hiervon weder der Marinestation, noch der Regierung etwas bekannt. Diese Reutermeldung ist ja umso unwahrscheinlicher, als die Versenkung in Scapa Flow weder einen Bergweissungsakt darstellt, noch als die Folge eines kommunistischen Putschs zu betrachten ist, sondern einzig und allein als Tat des nationalen Ehrgefühls bewertet werden kann.

#### „Intransigent“ verflüchtigt eine Depesche.

Der „Intransigent“ verflüchtigt eine Depesche aus London, wonach die „Baben“ 18 Stunden nach der Versenkung der übrigen Schiffe in der Scapa-Bucht in die Luft geflogen sei.

#### Das Urteil der englischen Presse.

Die erfolgte Versenkung der deutschen Schiffe erregt in der englischen Presse einen Sturm der Entrüstung, und man verlangt, daß gegen die deutschen Offiziere und Mannschaften energisch vorgegangen werde. Auch wird kritisiert, daß die englischen Behörden durch mangelfaste Bewahrung der Versenkung der Schiffe ermöglichten. England, das die Schiffe für seine Alliierten aufbewahrt, komme dadurch in eine unangenehme Position. Nur wenige Blätter drücken aus, daß englische Seeleute in gleicher Lage ebenso gehandelt hätten.

„Daily Mail“ nennt die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe einen schmutzigen Streich. „Morning Post“ und die übrigen konservativen Blätter schreiben in demselben Sinne. „Daily Chronicle“ dagegen schreibt:

Man kann ruhig sagen, daß die Vernichtung der deutschen Flotte, sozusagen durch eigene Hand, in der britischen Marine geheime Bewunderung erzeugen wird. Wenn wir uns britische Offiziere in selber Lage vorstellen könnten, würden sie genau so gehandelt haben. Auch „Daily Herald“ stellt sich auf diesen Standpunkt, während „Daily News“ froh ist, daß der Selbstmord der deutschen Flotte den Historikern darüber, was am Schluß damit geschehen müßte, ein Ende mache.

### Politische Rundschau.

Die Stadt Berlin beschäftigt zurzeit 80 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter. In Löhnen und Gehältern zahlt der Berliner Magistrat jährlich über 230 Millionen Mark. Infolge der übermäßigen Lohn- und Gehaltsforderungen muß die Gemeindesteuer auf 300 Prozent erhöht werden. Auf dem Berliner Hauptbahnhofe verkehren von dem ankommenden und abfahrenden Züge. Jetzt verkehren dort täglich 88 abfahrende, 93 ankommende, also insgesamt 179 Züge.

Der neue Oberpräsident von Westpreußen, der frühere Altener Oberbürgermeister Schnackenburg, hat sein Amt als westpreussischer Regierungspräsident niedergelegt.

Oberpräsident von Ostpreußen, v. Batolet, hat seine Enthebung vom Amte nachgelehrt. Das preussische Kabinett wird sehr wahrscheinlich im Amte vom Verlaufe der Debatte über die Friedensfrage in der Preussischen Landesversammlung abhängig machen.

Die bayerischen Zentrumsabgeordneten Dr. Heim und Schneider sind wegen der Haltung des Zentrums in der Friedensfrage aus der Fraktion ausgetreten.

In dem an Polen abzutretenden schlesischen Kreis Gubra hat sich ein deutscher Volkerrat gebildet mit dem Ziel, den Kreis deutsch zu erhalten.

Die ungarische Regierung hat auf Anordnung der Entente die Feindseligkeiten gegen die Tschechoslowaken eingestellt und den Abzug der Truppen beschlossen. Die Ausschiksträfte am Berliner Volkshausamt sowie am Postzeitungsamt sind in den Streit gerieten. Die in mittleren Post- und Telegraphendienst beschäftigten Aussteller haben den Unterzeichnungsstreik beschlossen, sobald eine vollständige Aufrechterhaltung des Briefverkehrs nicht möglich ist.

Der Graf Brodorski's Abschiedsbrief. Der ausgeschiedene Minister des Auswärtigen, Graf Brodorski-Ranau, hat in einem Schreiben an den Reichspräsidenten die Gründe seines Rücktritts dargelegt.

Er würde es für einen schweren Fehler und für die auswärtige Politik des Reiches als verhängnisvoll erachten, wenn er jetzt im Amte bliebe. Für jeden anderen deutschen Minister sei eine Schwächung in der Haltung gegenüber den Friedensbedingungen auch dem Ausland gegenüber möglich und gerechtfertigt, wenn die inneren Verhältnisse sie gebieten verlangen. Ein Minister des Auswärtigen, der diese Schwächung mitmache, nachdem er sie öffentlich für sich abgelehnt habe, gefährde aber die Würde und den Kredit des Reiches. Habe sich seine Politik als undurchführbar herausgestellt, dann müsse er vor dem Auslande verschwinden. — Der Reichspräsident. Ebert hat darauf in einem herzlich gehaltenen Schreiben dem Grafen Brodorski-Ranau für dessen hohe Verdienste um die Führung der deutschen Außenpolitik seinen Dank und seine Hochachtung ausgesprochen. — Au den Beamten des Auswärtigen

Amtes, die nach den Ereignissen der letzten Tage ihre Entlassung gegeben haben, gehören auch der Unterstaatssekretär Frhr. v. Langwerth-Simern sowie der Leiter der Rechtsabteilung Geheimrat Simon, der bekanntlich der Friedensdelegation in Versailles beigegeben war.

Die Übertragung der preussischen Bahnen an das Reich war im Staatshaushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung bei der Beratung des Eisenbahnetats der Gegenstand wichtiger Beratungen. Der Ausschuß nahm eine Zentrumsentschließung an, die durch einen demokratischen Antrag ergänzt wurde, wonach die Verfassunggebende Preussische Landesversammlung grundsätzlich den Plan der Staatsregierung billigt, die preussischen Staatseisenbahnen an das Deutsche Reich zu übertragen, unbeschadet der Nachprüfung der Übertragungsbedingungen und unter der Voraussetzung, daß auch die Staatseisenbahnen der anderen Freistaaten in das Eigentum des Reiches übergehen.

Weiterarbeit der katholischen Missionen. Wie der „Corriere della Sera“ aus Paris meldet, sind die Verhandlungen, die der Vatikan durch Ceretti über die Missionen in den ehemaligen deutschen Kolonien führen ließ, trotz des ursprünglichen Widerstandes Frankreichs nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Die alliierten Regierungen haben in die Abänderung des Artikels 438 eingewilligt. Für die einzelnen Missionen sollen gemischte Kommissionen der gleichen Konfession eingesetzt werden. Die Alliierten behalten sich das Recht vor, die persönliche Arbeit der Missionare zu überwachen. Hinsichtlich der katholischen Missionen sei dafür der Vatikan bzw. die Kongregation der Glaubensverbreitung zuständig. Von dieser Anordnung sei allerdings nur in den Ausführungsbestimmungen zum Vertrag die Rede. Damit figurieren aber der Vatikan als oberste katholische Kirchenbehörde auf dem Friedensvertrag.

#### Unterzeichnung formell angeboten.

Montag nachmittag 4 Uhr 40 Minuten hat der deutsche Gesandte v. Daniel dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau Deutschlands Note zugestellt, in der die deutsche Regierung sich bereit erklärt, die Bedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen anzunehmen.

#### Die militärische Besetzung der Rheinlande.

Am Sonntag vormittag fanden Besprechungen der Reichsregierung mit den Abgeordneten aus dem Rheinlande statt. Diesen Besprechungen lag der Entwurf eines Abkommens über die militärische Besetzung des Rheinlandes zugrunde. Der Sinn des ausführlichen Abkommens ist, daß die Rheinlande auch bei Fortdauer der militärischen Besetzung eine Abwehrverwaltung erhalten sollen. Das Ergebnis der Besprechungen war eine ganze Reihe von Abänderungsvorschlägen. Ein Vertreter der Regierung hat sich noch im Laufe des Sonntags nach Versailles begeben, um dort die deutschen Gegenworschläge zu überreichen und das Abkommen abzuschließen.

### Rundschau im Auslande.

#### Schweiz: Revision des Gotthardvertrages.

Die offiziellen römischen Kreise beschäftigen sich mit der Ansicht des schweizerischen Nationalrates, die Revision des Gotthardvertrages mit Deutschland und Italien vorzunehmen. — Der Schweizer Bundesrat hat in seiner Sitzung beschlossen, das neue Angebot der Grenzschutztruppen sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages wieder zu entlassen.

#### Böhmen: Deutsche Wahlen in Böhmen.

Trotz unerhörten tschechischen Terrors und systematischer Einflüsterung von Tschechen ergaben die am letzten Sonntag stattgefundenen Gemeindevahlen in Deutschböhmen einen völligen Sieg der Deutschen. In Karlsbad wurden beispielsweise 36 Deutsche, ein Tscheche gewählt in Bodenbach-Tetschen 67 Deutsche und 6 Tschechen. Die Wahlen sind ein neuer Beweis, daß Deutschböhmen nicht als gemeinschaftspragisches Land bezeichnet werden kann.

#### Bulgarien: Der bulgarische Friedensvertrag.

Den bulgarischen Bevollmächtigten werden die Friedensbedingungen demnächst übergeben werden. Bulgarien soll im Verlauf einiger Jahre zur Zahlung von 5 Milliarden und außerdem zu einer Entschädigung und zur Vorwegnahme eines Teiles seiner Lebensmittelherzeugung zu Gunsten der Alliierten sich verpflichten. Ferner soll es an Serbien und Rumänien alle diesen Ländern weggenommenen Gebiete zurückgeben.

#### Rumänien: Rücktrittsansichten des rumänischen Ministerpräsidenten.

Der rumänische Ministerpräsident Brattanu erklärte, daß er eher zurücktreten will, als den in Paris aufgesetzten Friedensvertrag zu unterzeichnen. Er würde niemals die rumänischen Serbien und Rumänien im Banat und die zwischen Rumänien und Ungarn in Siebenbürgen festgesetzten Grenzen anerkennen.

#### China: Chinas Stellung zum Friedensvertrag.

Das chinesische Parlament hat sich für nicht befaßt erklärt, den Rücktritt des Präsidenten von China, Sü-Schao Wang, zu billigen. Es wollte der militärischen Mehrheit im Parlament die für Nichtunterzeichnung des Versailles Friedensvertrages einstimmig, weichen. Er selbst ist für die Unterzeichnung mit einem Vorbehalt bezüglich der Shan-tung-Frage.

### Locales.

Die Darlehensvermittler, denen an prompter und reeller Arbeit gelegen ist, überall gesucht. Derartigen Gesuchen begegnet man jetzt recht häufig in den Tageszeitungen. Die Gesuche gehen fast durchweg von den verächtlichen Darlehensschwindelfirmen aus, und es kann den Erwerbenden nur dringend geraten werden, ihre Hand von diesen Angeboten zu lassen. In Anbetracht der zunehmenden Verarmung unseres Volkes geht man in letzter Zeit rückwärtslos gegen den Darlehensschwindel vor und es besteht die Gefahr, daß auch gutgläubige Vermittler durch dieses Vorgehen viel Verger und Verlust erleiden. Also Vorsicht gegenüber unbekanntem Firmen! In Zweifelsfällen besrage man sich bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Darlehensschwindelfirmen in Vöckel, bei der die meisten Darlehensfirmen offenkundig sind und die daher leicht imstande ist, eine zweidienliche Auskunft zu erteilen.



## Beste Nachrichten.

### Die Auslieferungspflicht.

Genf, 23. Juni. Ueber die Personen, die nach den Bedingungen des Friedensvertrages von Deutschland an die Alliierten ausgeliefert werden sollen, herrscht, wie aus der Pariser Presse hervorgeht, keinerlei Klarheit. Wie es heißt, wird das Verzeichnis der von den Alliierten als schuldig befundenen Personen innerhalb der nächsten vierzehn Tage überreicht werden. Eine Kommission soll darüber nähere Beschlüsse fassen. Die Forderung der Auslieferung ist durchaus ernst zu nehmen. Die deutschen Politiker und Militärs, die zur Verantwortung gezogen werden sollen, müssen von Deutschland innerhalb einer sehr kurzen Frist ausgeliefert werden und sollen von den Alliierten so lange in Gewahrsam gehalten werden, bis die Entscheidung über ihre Prozesse erfolgt ist.

### Auch Memel will Freistadt werden.

Wilna, 24. Juni. Die städtischen Körperschaften von Memel verlangen in einem Telegramm an den Reichspräsidenten und das Ministerium, daß gleichfalls Danzig auch die Stadt Memel und Umgebung Freistadtgebiet werde. Die sozialdemokratischen und demokratischen Vereine haben die selbe Forderung aufgestellt.

### Der Stimmungsumschwung unter den Polen in Posen.

Bromberg, 24. Juni. Die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet, daß die Stimmung der polnischen Bevölkerung in verschiedenen Städten der von den Polen besetzten Gebiete Posens neuerdings zugunsten Deutschlands umgeschlagen sei. Die polnischen Arbeiter wollen von einer Loslösung der Provinz Posens von Deutschland nichts wissen. Sie hätten mit der Zeit erkannt, daß sie sich unter deutscher Herrschaft besser fühlen.

### Die Raben steigen nieder.

Amsterdam, 24. Juni. Aus London wird unterm 24. Juni an das „Handelsblatt“ gemeldet: Dr. Dillon berichtet aus Paris an den „Daily Telegraph“, daß der Rat der Vier beschlossen habe, englische Soldaten nach Danzig zwecks Befehung zu entsenden, bis die Regierung die Freistadt vollkommen organisiert habe. Wilson habe zu erkennen gegeben, daß amerikanische Truppen die Ordnung in Oberschlesien aufrecht erhalten sollen.

### Der Kampf um Fiume.

Wien, Südlawische Meldungen berichten, daß Italien alles daran wendet, um sich des sehr unbehaglichen südlawischen Gegners zu entledigen. Italien habe sich bereit erklärt, auf wichtige Rechte aus dem Londoner Vertrage von 1917 zu verzichten, wenn Kroaten von Serbien unabhängig gemacht und ein freies Land würde. Im Londoner Vertrage sei Fiume dem kroatischen Kroaten zugewiesen worden. Italien erkenne diese Bestimmung an und werde seinen ganzen Einfluß geltend machen, damit Fiume nicht unter südlawische Herrschaft komme.

### Eine Erklärung Lloyd Georges.

Berlin, 24. Juni. Lloyd George erklärte der „Morning Post“ zufolge den englischen Pressevertretern in Paris, daß England nach Ablauf einer einjährigen Barrierefrist nichts gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund einzuwenden habe. Auf mindestens 15 Jahre müsse jedoch der

Wohlfand Deutschlands dazu dienen, die Verbrechen des Krieges gutzumachen. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ sollen die wirtschaftlichen Kontrollrechte des Friedensvertrages der schnellen Wiedergutmachung der verursachten Schäden dienen. Weder eine Vermögensentziehung, noch einen sozialistischen Zukunftsstaat werden die Verbündeten in Deutschland dulden. Die deutsche Arbeiterklasse solle gleichberechtigt sein, aber nicht allein herrschen. Vielleicht rette der Sieg des Verbandes Deutschland vor der Gefahr sozialistischer Verklaffung.

### Schlechte Ernte in Frankreich.

Amsterdam. Aus Paris wird gemeldet: Infolge der andauernden Hitze hat das Getreide sehr gelitten. Die Gesamternte zeigt schon jetzt ein Defizit von 50 Prozent!

### Wer trägt die Verantwortung?

Amsterdam. Konteradmiral v. Reuter ist nach dem Konzentrationlager Carl Hill gebracht worden und wird dort in Schutzhaft bleiben. Londoner Blätter lehnen die Verantwortung Englands für die Verletzung der deutschen Kriegsschiffe ab. Für die noch nicht ausgelieferten, sondern nur internierten Schiffe hatten die Alliierten in ihrer Gesamtheit die Verantwortung zu tragen.

### Sächsisches.

Altenberg. Am Sonntag den 27. Juni fand hier das 1. Kreisfest der Jungfrauenvereine der Eparchie Dippoldswalde statt. Bei schönem Wetter hatten sich gegen 350 junge Gäste aus fast allen umliegenden Dörfern bei uns eingefunden, teils nach froher Wanderung, teils im malerisch geschmückten Bollerwagen. Ein Festgottesdienst vereinte die Teilnehmer in der Stadtkirche unter Gottes Wort. Herr Sup. Michael-Dippoldswalde führte anknüpfend an Apostelgesch. 16, 13-15 im Geiste in das Haus der Lydia in Philippi, das durch die Herzengrundigkeit seiner Besitzerin zu einem Sammelplatz der sich neu bildenden christlichen Gemeinde wurde. „Ihr Mädchen, gleichet der Lydia!“ rief er den jungen Mädchen zu, „laßt's Herz euch oekumen, im Glauben euch stärken, pflegt christliche Gemeinschaft!“ Nach der erhabenden Feier im feierlich geschmückten Gotteshaus, die noch verklärt wurde durch eine von Herrn Kantor Raack hier geleitete Kirchenmusik, versammelten sich die Teilnehmer im großen Saale des Hotels zur Post zu einer reich angelegten bildenden Nachversammlung. Herr Pfarrer Böhm-Frauenstein begrüßte als Vorsitzender des Kreisverbandes die Anwesenden. Zum ersten Male finde sich der junge Verband zu einer gemeinsamen Feier zusammen. Dringend nötig sei gerade in unseren Tagen sittlichen Zusammenbruchs und der Trennung von Staat und Kirche ein Zusammenschluß unserer weiblichen Jugend zu christlichem Gemeinschaftsleben. Möge darum dem wichtigsten Werke ein glücklicher Fortgang beschieden sein! Hierauf erkante Frau Bürgermeister Bauernfeld, die verdienstvolle Leiterin des gastgebenden Jungfrauenvereins Altenberg, die Anwesenden durch zwei fröhliche Sieder. Im Mittelpunkt der Nachversammlung stand der Vortrag von Fräulein Vogel-Dresden, der Leiterin des Landesverbandes der Jungfrauenvereine Sachsens. In herzlichen Worten legte sie die Ziele der Jungfrauenvereine dar: Rein bleiben und reif werden; in einer christlich vertieften Gemeinschaft Kraft gegen die Versuchungen des Lebens und Freudigkeit für seine Aufgaben gewinnen,

das sei das hohe Ziel, ein Ziel, dem wir besonders ernst in der jetzigen Not unseres Vaterlandes nachstreben müssen. — Erste und bessere Gefänge schlossen sich dem Vortrage an. Besonders überraschte der Bärenkelner Jungfrauenverein durch seine wohlgeschulten langreinen Darbietungen unter der Leitung des Herrn Pfarrer Blumentritt. Durchschlagenden Erfolg aber hatte ein vom Jungfrauenverein Altenberg dargebotenes und vorzüglich gespieltes Theaterstück: „Sie dachtet!“ das die größte Beifallsstürme bei den Anwesenden erregte. In dem Schlusswort sprach Herr Pastor Schille-Altenberg allen Mitwirkenden seinen Dank für die überreichen ersten und weiteren Darbietungen aus und gab den einzelnen Vereinen für die Heimfahrt wie auch dem Gesamtverbande für seine fernere Arbeit ein herzliches „Gut auf!“ mit auf den Weg. — Eine Teilerhebung zugunsten des Kreisverbandes ergab die Summe von 83,78 M.

Weißfen. Wie stark das Interesse für Weinbau ist, beweist die rege Nachfrage nach Wurzelreben. Die Rebschule des „Vereins zur Hebung des Weibener Weinbaues“ hat in diesem Frühjahr 17 000 Reben auf amerikanischer reblaus-sicherer Unterlage an ihre Mitglieder abgegeben.

Wittweida. Täglich verunglückt ist ein Soldat, der zu einem Militärtransport gehörte. Er hatte während der Fahrt auf dem Wagendach gestanden und bei Oberlichtenau Reuten auf einer Brücke zugewinkt. Hierbei ließ der Mann mit dem Kopfe gegen die Brückenwandung und fiel tot auf das Wagendach zurück. Er hatte einen Wirbelsäulenbruch erlitten.

Leipzig. Oberbürgermeister Dr. Kothe hatte wegen Verweigerung seines Gehaltes durch die Unabhängigen Stadtverordneten seinen Rücktritt in Aussicht gestellt. Nachdem jedoch alle übrigen Fraktionsvorsitzenden und auch der Rat sein Verbleiben im Amte für wünschenswert erklärt haben, hat der Oberbürgermeister sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen.

Hohenstein-Ernstthal. Der aus Anlaß der Lebensmittellieferungen im Landeslebensmittellager Dresden vorstellig gewordenen Abordnung ist dort eröffnet worden, daß eine Mehrstellung von Lebensmitteln nicht erfolgen kann. Ein halbes Pfund Reis je Kopf der Bevölkerung gelange in Kürze zur Verteilung, ferner größere Mengen Serringe, von denen 2100 Tonnen für Sachsen im Anwesen seien und die zum Preise von 80 Pf. das Stück verkauft werden. Die Wiedereinführung der Bierzwangswirtschaft stehe für Sachsen bevor.

Glauchau ist eine der reichsten Städte Sachsens. Das Stadtvermögen beträgt 6 900 000 Mark; es hat sich seit 31. März 1918 nicht verringert. Der Vermögenszuwachs beträgt 27 800 Mark. Er würde seit 1914 um über 1 400 000 M. gestiegen sein, wenn nicht die Kriegsausgaben gewesen wären. An Steuern werden 279 000 Mark mehr erfordert, doch wird der Steuerfuß noch niedriger sein, als in anderen Gemeinden.

Zittau. Der Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Zittau hat in seiner letzten Sitzung einstimmig den Ankauf eines großen Geländes zur Anlage von Siedlungen für Kriegsteilnehmer beschlossen. Das Gelände liegt südlich von Zittau, dicht am Rande der Gebirgswälder, auf Obersandorfer Flur und umfaßt ein Areal von 210 Morgen Land. Der Kaufpreis beträgt 252 000 Mark. Die Bebauung soll nach einem einheitlichen Plane nach modernen Erfahrungen erfolgen.

**Geräucherte Heringe und geräucherten Schellfisch**

empfehlen  
Ilgen, Allenberger Straße.  
Täglich frisch

**Erdbeeren**

bei  
**Emil Kühnel,**  
Schmiedeberg,  
am Bahnhof.  
Verkauf im Keller.

**Zu verkaufen**

1 Küchenschrank, 1 Wäsche-  
schrank, 1 runder Tisch, 1 K.  
Tisch, 1 Sofa Tisch, 1 Polster-  
stuhl, 1 Ofenbank, 1 Regal,  
1 Nähmaschine, 1 Federkoffer  
ist Donnerstag von 6-7 Uhr  
Schuhgasse 109, I.

**Kutscher,**

stättigen Pferdewärter, stellt  
sich sofort ein  
Sägewerk Lungwitz  
b. Kreischa.

Einen jüngeren  
**Pferdeknecht**

sucht zum baldigen Eintritt  
Richard Walthers, Rein-  
hardtstr. 11.

Drucksachen für jedermann  
liest sauber und rasch  
**Carl John**

**Schlacht-  
pferde**

kauft  
Hermann Scharfe. Tel. 80.  
Im Notfall sofort zur Stelle.  
Nachmittags vorhanden.

**Schlacht-  
pferde**

kaufe  
**B. Vieber,**  
Kohlschlächterei  
Dippoldswalde, Freiburger  
Straße 237, Telefon 97.  
Bin bereit, bei Kranken  
Pferden zu wachen.  
Bei Reiterschlämungen bin ich  
mit Transportwagen schnell-  
stens zur Stelle.  
Empfehle mich als  
Pferdescherer.

**Salzgemüse**

hohefeine Salzbohnen  
ein Pfund 1,25 M.  
größere Posten billiger, sowie  
ff. Salzbohnen  
empfehlen

**Emil Kühnel,**  
Schmiedeberg,  
am Bahnhof.  
Verkauf im Keller.

Einen  
**Lischlergehilfen**

suchungsbereit  
Richard Walthers,  
Reinhardtstr. 11.  
Maschinen vorhanden.

Drucksachen liefert John

**300 Mark Belohnung**

zahle ich dem, der mir die Täter, die mir fort-  
gesetzt Handwerkszeuge aus meinem Grundstück  
stehlen, sowie in vergangener Nacht junge Obst-  
bäume abgeschnitten haben, so nachweist, daß  
gerichtliche Bestrafung erfolgen kann. Gleich-  
zeitig untersehe ich hiermit jedes unbefugte  
Betreten meines Grundstückes.

H. Wilhelm, Mittelmühle, Reinhardtstr. 11.

**Kaffee-Mühlen**

**Gewürz- und Mahl-Mühlen**

**HANS PFUTZ**

Fernsprecher 146

**Maurer**

werden angenommen.  
Tiefbauunternehmer und Ingenieur **Schmidt,**  
Bahnbau Schmiedeberg.

Ranunculus-, Rausch- und  
Kattentropfen  
**Proelssin.**

Drogerie Lommatzsch,  
Dippoldswalde.

Stilles, lauberes  
**Hausmädchen**  
für 15. Juli gel. Schögen-  
haus Dippoldswalde.

Leere Kisten, Käffer  
und Kartons

verkauft  
Adolf Graf, Freiburger Str.

Möbl. Wohn- u. Schlafz. od. nur  
**Wohnzimmer**  
für 1. 7. 1919 gesucht. Off. u.  
S. P. an die Geschäftsst. v. Bl.

**Versteigerung.**

Freitag den 27. und Sonnabend den 28. Juni von  
vormittags 1/29 Uhr ab gelangen im  
**Gasthaus „zur alten Post“ in Dippoldswalde**  
wegen Geschäftsaussage infolge Verkaufs nachstehende  
Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zur  
Versteigerung: Tische, Stühle, Schränke, Sopha, Waschtische,  
Waschguarnituren, Lampen, Messer, Gabeln, Messer, Gläser,  
Zeller, Schüsseln, Aufschnitts- und Schneidemaschine, Tropfbleche,  
Handbrudapparat, Wasserbrudapparat, transportable eiserne  
Ofen, Luftgewehr, Handwagen, große Wagenplane mit  
Bügel, Kuschelstühle, Wagenlaternen, Regendecken, Hobel-  
bank und vieles andere.

Eine Weltziege  
wird zu kaufen gesucht.  
Ob-Elipsdorf 14

Gesucht zum 1. August ein  
stilles, lauberes  
**Mädchen,**

welches im Elternhause schlafen  
kann  
Donnerstag abend  
im „Kaffee Haus“.  
Frau Tierarzt Dr. Wagner,  
Am Bahnhof 17 r.

Für die Beweise der Anteilnahme und des  
Mitleidens beim Heimgange unsrer teuren Mutter,  
Groß-, Urgroß- und Schwiegermutter, Frau

**Auguste verw. Märker**

sagen wir allen nur hierdurch unsern  
**innigen Dank.**

Oberfrauendorf, Dippoldswalde,  
Dresden, 24. Juni 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.